

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion November 2016

Startups – Wachstumsmotor für Deutschland

Abgeordnete der Unionsfraktion
auf #startuptour durch Berlin

Landleben hat Zukunft

Keine Fraktion bekennt sich so sehr
zu den ländlichen Regionen wie die Union

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Gleiche Chancen für die Menschen auf dem Land

12

Die Themen
Startups – Wachstumsmotor für Deutschland

16

Das Gespräch
Heribert Hirte zum Thema Glaubensfreiheit

18

Die Themen
Weniger Flüchtlinge als angenommen

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
Engagierte Parlamentarier für starke Kommunen – Die AG Kommunalpolitik im Portrait

21

Die Antworten
Fragen und Antworten zum Bundesverkehrswegeplan 2030

22

Die Zahlen

23

Der Gast
Roland Jahn zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

23

Impressum

24

Das Zitat

6

Keine andere Bundestagsfraktion kümmert sich so sehr um die wirtschaftliche Zukunft der ländlichen Regionen wie die CDU/CSU-Fraktion.



© Westend61/Getty Images



© Kelvin Murray/Box/Getty Images

12

Startups sind ein Wachstumsmotor für Deutschland. Abgeordnete der Unionsfraktion haben eine Reihe von Gründern innovativer Unternehmen besucht.



© Picture Alliance/dpa/Jochem Eckel

18

Die Zahl der Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, nimmt ab. Das zeigt, dass die Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs wirken.



© Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

zentrales Ziel unserer Politik ist es, die Zukunftschancen unseres Landes zu sichern. Deutschland muss fit bleiben, um sich weiter im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Unser Wohlstand muss immer wieder neu erarbeitet werden. Der Erfolg von gestern ist keine Garantie für den Erfolg von morgen.

Deutschland muss vor allem die Herausforderungen der Digitalisierung meistern. Dabei ist mir nicht bange, dass die großen Unternehmen den Sprung in das neue Zeitalter der »Industrie 4.0« schaffen werden. Doch eine Führungsposition in den neuen Ferti-

gungsmethoden wird nicht ausreichen. Die Wirtschaft muss die Erfolgsprodukte an sich weiterentwickeln. So wird das Auto der Zukunft nicht mehr viel mit dem der Gegenwart zu tun haben.

Aber nicht nur die bekannten Flaggschiffe unserer Wirtschaft sollten spitze bleiben. Es müssen möglichst viele neue Unternehmer mit kreativen Ideen hinzukommen. Je ausgeprägter die sogenannte Startup-Szene bei uns ist, desto besser wird sich unsere Wirtschaft auf den Weltmärkten behaupten können. Wir brauchen auch hierzulande viele Silicon Valleys.

Vor diesem Hintergrund war es ein wichtiges Signal, dass Abgeordnete unserer Fraktion kürzlich bei der ersten Startup-Tour eine Reihe von innovativen Firmen besucht haben. In diesem Heft werden Sie Interessantes über die Aktion in Berlin erfahren. Wir wollen diese jungen Unternehmer noch besser unterstützen. Erste Schritte, die Kapitalausstattung der Firmen zu erleichtern, wurden bereits unternommen.

Das andere Schwerpunktthema dieses Magazins widmet sich den ländlichen Räumen. Deutschland wird nur dann auf der Erfolgsspur bleiben, wenn die ländlichen Räume nicht veröden. Die meisten Menschen leben nach wie vor nicht in den Städten. Deutschlands Stärke war immer darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaft über das ganze Land verteilt ist.

Unser Ziel ist klar: Es muss auch in den nächsten Jahrzehnten attraktiv sein, auf dem Land zu leben. Vieles – wie zum Beispiel die flächendeckende Breitband-Verkabelung – ist auf den Weg gebracht. Aber der Erhalt von verlässlichen Strukturen im Gesundheitsbereich und in der Bildung außerhalb der Städte wird eine Daueraufgabe bleiben.

lh
Volker Kauder

Deutschland braucht starke Nachrichtendienste

Kontrolle und Effizienz gehören zusammen

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben erneut deutlich gemacht, wie sehr Deutschland auf starke und handlungsfähige Nachrichtendienste angewiesen ist. Beim Verfassungsschutz ging der entscheidende Hinweis auf den mutmaßlichen Terroristen Dschaber al-Bakr ein – und zwar von der hierzulande oft verurteilten NSA. Ohne eine funktionierende und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem US-Nachrichtendienst hätte in Deutschland ein verheerender Terroranschlag gedroht.

Aber auch von anderer Seite ist die Bedrohung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gestiegen. Es gibt klare Hinweise darauf, dass sich Russland mit Geheimdienst-Methoden in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf einmischte. Dass der Kreml nicht davor zurückscheut, die Öffentlichkeit anderer Länder mit illegal gewonnenen Informationen zu beeinflussen und zu manipulieren, hat sich auch schon anderswo gezeigt.

Angesichts der vielfältigen Bedrohungen von innen und außen muss der deutsche Rechtsstaat wehrhaft sein. Politik und Polizei sind auf die nachrichtendienstliche Gewinnung von Erkenntnissen über die außen-, innen- und sicherheitspolitische Lage angewiesen. Gerade in Deutschland trugen die Debatten, die von den Enthüllungen Edward Snowdens ausgelöst wurden, oft hysterische Züge. Wo es Missstände oder rechtliche Lücken gab, musste selbstverständlich gehandelt werden.

»Wenn sich Extremisten vernetzen, müssen die Dienste Paroli bieten.«

Doch die Union hat sich immer dagegen gewehrt, nachrichtendienstliche Tätigkeit unter Generalverdacht zu stellen oder pauschal zu verurteilen. Das wäre auch nicht gerechtfertigt.

Mit der BND-Reform hat die Koalition in der zurückliegenden Sitzungswoche einen klaren Rechtsrahmen für die strategische Fernmeldeaufklärung geschaffen. Die Überwachung der Telekommunikation von ausländischen Staatsbürgern, die sich nicht in Deutschland aufhalten, wird künftig durch das Bundeskanzleramt angeordnet und durch ein neues »Unabhängiges Richterergremium« überprüft. Zugleich haben wir die rechtlichen Grundlagen für die Kooperationen mit ausländischen Diensten geklärt und somit den grenzüberschreitenden Kampf gegen terroristische Bedrohungen gestärkt. Wenn

sich Islamisten und andere Extremisten international vernetzen, müssen die Dienste dieser Herausforderung Paroli bieten.

Die ebenfalls in der vergangenen Sitzungswoche beschlossene Reform des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) stärkt dieses wichtige Gremium. Für die CDU/CSU-Fraktion gehört beides untrennbar zusammen: die Effizienz der Nachrichtendienste und ihre Kontrolle durch die gewählten Volksvertreter. Das neu geschaffene Amt eines Ständigen Bevollmächtigten wird als »verlängerter Arm« des PKGr fungieren und nur in dessen Auftrag tätig werden. Zugleich wird der Mitarbeiterstab innerhalb der Bundestagsverwaltung, der das PKGr bei seiner Arbeit unterstützt, im notwendigen Umfang vergrößert.

In kaum einem anderen Land werden die Nachrichtendienste parlamentarisch so genau kontrolliert wie in Deutschland. Das ist wichtig und richtig. Doch im Gegenzug verdienen unsere Nachrichtendienste auch das Vertrauen und die Unterstützung der Politik. Dafür stehen CDU und CSU.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wussten Sie, dass...

...die Flexi-Rente kommt?

Auf Initiative der Union hat der Bundestag jetzt die Flexi-Rente beschlossen. Das ist ein schöner Erfolg für die Fraktion, denn mit der Neuregelung werden gleich mehrere wichtige Ziele erreicht. Der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand wird sich in Zukunft sehr viel individueller gestalten lassen als bisher. Niemand muss, aber jeder kann in Zukunft länger berufstätig bleiben und seine späteren Rentenansprüche weiter aufbessern. Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr können sehr viel flexibler gehandhabt werden als bisher. Das Gesetz bringt damit einen Gewinn sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber.

Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung wird zielgenau darüber informiert werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt und wie sich Veränderungen beim Rentenbeginn auf die finanziellen Leistungen auswirken. Weil Anreize zur Frühverrentung vermieden werden sollen, bleiben Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bestehen. Das Hinzuverdienstrecht wird aber wesentlich vereinfacht. Durch ein präventives Reha-Konzept soll darüber hinaus die Zahl derjenigen, die frühzeitig in Rente gehen müssen, dauerhaft verringert werden.

...derzeit rund 3.300 Bundeswehr-Soldaten im Auslandseinsatz sind?

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert ist der Kalte Krieg vorbei, doch die Welt ist nicht friedlicher geworden. Für die Bundeswehr sind Auslandseinsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung inzwischen fast Normalität. Rund 3.300 Soldaten nehmen an 16 internationalen Einsätzen mit Bündnispartnern und befreundeten Nationen teil – die meisten von ihnen in Afghanistan und im Kosovo, viele aber auch im Rahmen verschiedener Missionen in Afrika, im Mittelmeer und im Nahen Osten. Neu hinzu kam im Oktober die NATO-Marinemission »Sea Guardian«.

Die neue Mission, die vom NATO-Gipfel im Juli beschlossen worden war, dient der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des Schleusertums im Mittelmeer. Deutschland beteiligt sich daran mit bis zu 650 Soldaten. Ziel ist es, ein Lagebild zu erstellen und bei Terrorverdacht Schiffe zu kontrollieren oder zu durchsuchen. Die NATO-Schiffe unterstützen somit die EU-Mission »Sophia«, die ebenfalls dazu dient, den Menschensmuggel vor der libyschen und der italienischen Küste zu verhindern. »Sea Guardian« löst die NATO-Operation »Active Endeavour« ab, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ins Leben gerufen worden war.

...die Reform der Erbschaftsteuer Unternehmen und Arbeitsplätze erhält?

Viele Familienunternehmer wollen ihren Betrieb für die nächste Generation erhalten und stellen sich mit Sorge die Frage: Was passiert mit meinem Unternehmen, wenn ich sterbe? Wird es durch die Erbschaftsteuer in seiner Existenz gefährdet? Gehen Arbeitsplätze verloren? Diese Unsicherheit ist jetzt vorbei. Bundestag und Bundesrat haben nach langen und schwierigen Verhandlungen eine Neuregelung der Erbschaftsteuer auf den Weg gebracht. Damit haben die Unternehmen endlich wieder Planungssicherheit.

Das Erreichte trägt die Handschrift der Union. Auch in Zukunft können Unternehmen steuerlich begünstigt an die nächste Generation weitergegeben werden. Voraussetzung ist, dass der Betrieb über eine bestimmte Mindestzeit fortgeführt wird und die Arbeitsplätze in einem bestimmten Umfang erhalten bleiben. Für größere Vermögen gelten dabei strengere Regelungen. Insbesondere ist es gelungen, die der Besteuerung zugrunde liegende hohe Bewertung von Unternehmen auf einen realitätsgerechten Stand zu bringen. Die von Teilen der SPD und den Grünen geforderten flächendeckenden Steuererhöhungen wird es nicht geben. Das stärkt die Ertragskraft der Unternehmen und sichert Arbeitsplätze. Was viele nicht wissen: Etwas über die Hälfte der in der Privatwirtschaft beschäftigten Personen arbeitet in eigentümergeführten Familienunternehmen. Die Reform der Erbschaftsteuer trägt der Bedeutung, die diese Unternehmen für die deutsche Wirtschaft haben, Rechnung.

Gleiche Chancen für die Menschen auf dem Land

Keine Fraktion bekennt sich so sehr zu den ländlichen Regionen wie die Union – Lebensverhältnisse regional stark unterschiedlich

Ob auf einer Hallig, im Allgäu oder in der Sächsischen Schweiz, ob im Harz, im Bergischen Land oder in einer der vielen anderen Regionen Deutschlands: Mehr als die Hälfte der Deutschen, rund 47 Millionen Menschen, leben auf dem Land. Etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands ist ländlich geprägt. »Der Reiz unseres Landes liegt in seiner Vielfalt«, sagt die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Gitta Connemann (CDU). »Wer in der politischen Diskussion nur auf die großen Städte setzt, hat den Charakter unserer Heimat nicht verstanden.« Auch das Grundgesetz schreibt eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands vor – unabhängig davon, ob es sich um städtische Ballungszentren oder dünn besiedelte Gebiete handelt. Bund und Länder sind gleichermaßen verpflichtet, diese Gleichwertigkeit so weit wie möglich herzustellen.

»Der Reiz Deutschlands liegt in seiner Vielfalt.«

Keine andere Bundestagsfraktion bekennt sich so klar zu den ländlichen Regionen wie die Abgeordneten von CDU und CSU. Dabei ist die Ausgangslage für viele Gebiete unterschiedlich. Manche müssen mit einem starken Bevölkerungsrückgang kämpfen, so dass sich immer drängender die Frage stellt, welche öffentlichen und privaten Dienstleistungen noch in welchem Maße aufrechterhalten werden können. Andere Regionen stehen blendend da – mit einem dichten Netz von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die oft Weltmarktführer sind und für das entsprechende Steueraufkommen sorgen.

Was machen die wohlhabenden Kommunen anders als die ärmeren? Ist vor allem die geographische Lage ausschlaggebend, die Nähe zu städtischen Ballungszentren oder zu guter Verkehrsinfrastruktur? Oder sind es eher politische Entscheidungen in Bund, Land und auf lokaler Ebene, die Wohl und Wehe einer Region bestimmen? Über diese und andere Fragen diskutierte die Fraktion im September mit Fachleuten aus Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. »Starke ländliche Räume – heute und in Zukunft«, lautete der Titel des Kongresses.



Eine bessere Infrastruktur bringt die ländlichen Regionen voran.



© Thomas/Fotolia



Gute Internetverbindungen sind von herausragender Bedeutung

Einigkeit herrschte darüber, dass sowohl für die einzelnen Menschen wie auch für die Unternehmen in einer Region gute Internetverbindungen von herausragender Bedeutung sind. Während sich die Telekommunikationsunternehmen in Großstädten einen heftigen Wettbewerb um Kunden liefern, gibt es in vielen Dörfern oft nur schwache Verbindungen ins Netz. »Der Anschluss an moderne Datenautobahnen ist unverzichtbar, um die Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Unternehmen zu sichern und um junge Menschen in der Region zu halten«, sagt Fraktionschef Volker Kauder (CDU). »Jede Region muss faire Entwicklungschancen haben.«

Um die drohende digitale Spaltung Deutschlands zu verhindern, gibt das von Alexander Dobrindt (CSU) geführte Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in dieser Legislaturperiode vier Milliarden Euro für den Breitbandausbau aus. Von den Unternehmen der Netzallianz kommen jedes Jahr noch weitere acht Milliarden dazu. Bisher wurden nach Angaben des BMVI 120.000 Kilometer Glasfasernetze neu verlegt. Ziel ist es, bis 2018 allen Haushalten schnelles Internet von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung zu stellen. Der flächendeckende Breitbandausbau ist auch Voraussetzung dafür, um Möglichkeiten wie Telemedizin, E-Learning oder E-Government

Fit für die Gigabit-Gesellschaft

Schnelle Breitbandnetze flächendeckend ausbauen –
Kosten durch Mitnutzung anderer Rohre senken

Nur mit flächendeckend ausgebauten schnellen Breitbandnetzen bleibt Deutschland in der digitalen Welt wettbewerbsfähig. Besonders wichtig ist die schnelle Internetanbindung für die ländlichen Regionen, damit die Menschen dort ebenso gut leben und arbeiten können wie in den Städten. Mit einem Förderprogramm in Höhe von vier Milliarden Euro leistet der Bund erstmalig einen erheblichen Beitrag zum Breitbandausbau. Die Kosten des Breitbandausbaus sollen durch Mitnutzung bestehender und zu verlegender Rohre gesenkt werden.

Bis zum Jahr 2018 soll die Grundversorgung mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde im ganzen Land gewährleistet werden. Weiße Flecken auf der Landkarte darf es künftig nicht mehr geben. Denn in der Gigabit-Gesellschaft kommt kein Daseinsbereich mehr ohne das

schnelle Internet aus: vom Personennahverkehr über die Gesundheitsversorgung bis zum Bildungswesen. Aber auch Unternehmer, Selbstständige und Kreative sind auf leistungsfähige und schnelle Breitbandnetze angewiesen, wenn sie sich auf dem Land niederlassen wollen. Neben Erdverkabelung sind stabile Funkverbindungen eine gute Möglichkeit, den Zugang zum Netz zu gewährleisten.

Erste Förderbescheide bereits vergeben

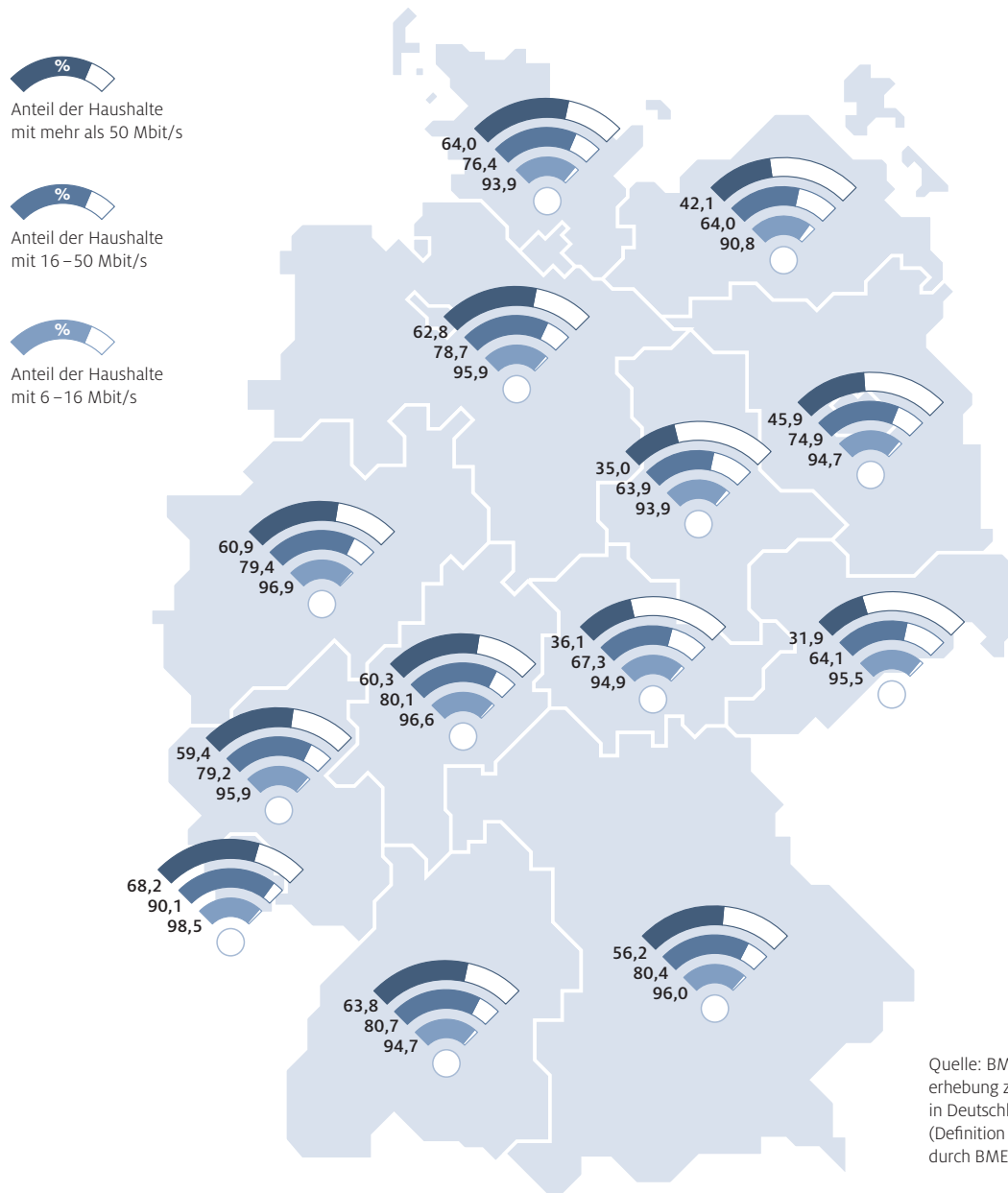
Die ersten Förderbescheide für Netzausbauprojekte von Kommunen und Landkreisen wurden bereits im Frühjahr vergeben. Der Fördersatz beträgt in der Regel 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Der Höchstbetrag pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro. Da das Bundesprogramm in Höhe von vier Milliarden Euro mit Förderpro-

grammen der Länder kombinierbar ist, kann der Förderanteil auf bis zu 90 Prozent gesteigert werden. Die Kriterien für die Vergabe sind transparent. Die Zuschläge werden nach einem Punktesystem vergeben.

Mit dem sogenannten DigiNetz-Gesetz, das der Bundestag vor der Sommerpause verabschiedete, sollen die Kosten für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen gesenkt werden. Bislang ungenutzte öffentliche Versorgungsnetze für Telekommunikation, Gas, Strom, Fernwärme und Abwasser sowie Straßen, Schienen und Wasserwege, Brücken, Häfen und Flugplätze sollen so für den Breitbandausbau nutzbar gemacht werden können. In Neubaugebieten und bei Straßenbauarbeiten müssen Leerrohre für künftige Glasfaserleitungen von vornherein verlegt werden. Denn gerade das Aufreißen der Straßen verursacht rund 80 Prozent der Kosten für den Breitbandausbau.

Breitbandversorgung in den ländlichen Räumen im Jahr 2015

Anteil der Haushalte in ländlichen und halbstädtischen Räumen mit Breitbandversorgung nach Übertragungsgeschwindigkeit (in Prozent)



anzubieten. Nur wenn das Internet gut funktioniert, können Behördengänge und Einkäufe per Mausklick erledigt werden, worauf die Menschen auf dem Land oft ganz besonders angewiesen sind.

Digitale Revolution im Gesundheitswesen

Das gilt auch für die Telemedizin, die nach Überzeugung von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gerade für den ländlichen Raum in Zukunft von größter Bedeutung sein wird. »Es ist faszinierend, was durch Telemedizin möglich wird, zum Beispiel bei einem Schlaganfall«,

sagt Gröhe. Wenn etwa ein Schlaganfall-Experte noch in der Notaufnahme sofort über eine Videokonferenz für die Behandlung zugeschaltet werden kann und direkt überspielte Computertomographie-Bilder innerhalb weniger Sekunden zur Verfügung stehen, kann einem Patienten oft sehr viel schneller und wirksamer geholfen werden als ohne solche Möglichkeiten. Das Anfang des Jahres in Kraft getretene »E-Health-Gesetz« sieht vor, dass zur Förderung der Telemedizin die telekonsiliarische Befundbeurteilung von Röntgenaufnahmen ab April 2017 und die Online-Videosprechstunde ab Juli 2017 in die vertragsärztliche Versorgung aufgenommen werden. Vernetzung, Telemedizin und

neue Therapien – Gröhe spricht von einer »digitalen Revolution im Gesundheitswesen«, von der ländliche Regionen stark profitieren können. Das bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Versorgungsstrukturgesetz sieht zudem vor, dass junge Mediziner besonders gefördert werden, wenn sie sich auf dem Land niederlassen und dort die medizinische Versorgung sichern.

Großes Interesse an Telemedizin

Inwieweit können Sie sich vorstellen, die folgenden Verfahren im Krankheitsfall zu nutzen?

	Würde ich auf jeden Fall in Anspruch nehmen	Kann ich mir vorstellen in Anspruch zu nehmen	
Telemedizinische Überwachung des eigenen Gesundheitszustands	20%	39%	59%
Operationen, die von Spezialisten aus der Ferne unterstützt werden	14%	45%	59%
Online-Sprechstunde mit dem Arzt	17%	16%	33%

Quelle: Bitkom Research, veröffentlicht am 15.9.2016, Basis: 1.009 Deutsche ab 14 Jahren

Menschen schätzen die Gemeinschaft auf dem Land

In der Langzeitstudie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft »Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel« geben immerhin 90 Prozent der Befragten an, dass sie mit ihrer aktuellen Wohnsituation zufrieden sind. Als besondere Vorteile des Lebens auf dem Land werden vor allem die Gemeinschaft und das Wohnumfeld aufgeführt. Doch es werden auch Defizite benannt. So empfinden mehr als 18 Prozent die Nahversorgungssituation – wie Einkaufsmöglichkeiten und auch die medizinische Versorgung – als unzureichend. Auch das Fehlen von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche wird kritisiert.

»Das Herzstück des Landlebens ist der Zusammenhalt und das Engagement der Menschen in den Dörfern«, sagt der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt (CSU). Die Initiative der Menschen vor Ort ist auch unverzichtbar, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern. Wenn die Bus- oder Zugverbindung eingestellt wird, weil es zu

wenige Fahrgäste gibt, können zum Beispiel örtliche Fahrgemeinschaften weiterhelfen. Und wenn der Bäcker oder der Lebensmittel-Laden schließt, weil zu wenig Kunden kommen, können sich ebenfalls Gruppen bilden, um Einkäufe für alle zu erledigen.

»Chancengleichheit zwischen Stadt und Land« ist auch ein zentrales politisches Anliegen von Fraktionsvize Connemann. Sie verlangt, alle Förderprogramme des Bundes darauf zu durchleuchten, ob sie diesem Anspruch

gerecht werden. Als Herzstück des ländlichen Raums sieht sie die landwirtschaftlichen Höfe. »Diese Branche ist mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen immer noch der wirtschaftliche Motor Nummer eins auf dem Land«, so Connemann. »Unsere Kulturlandschaften werden von unseren Bauern gepflegt.« Ihre Familien und ihre nachhaltige Lebensweise seien »eine gesellschaftliche Säule in vielen Dörfern«. Connemann beklagt, dass den Landwirten »die gebührende gesellschaftliche Wertschätzung« versagt wird und landwirtschaftliche Produkte zudem nicht angemessen entlohnt werden. Mit jedem Hof, der aufgeben muss, verliere nicht nur eine Familie ihre Existenz. »Es stirbt ein Stück unserer Identität, unserer Kultur.« Nicht zuletzt deshalb wird die Union weiter alles daran setzen, den ländlichen Raum zu fördern und zu stärken.

»Bauernhöfe sind der wirtschaftliche Motor Nummer eins auf dem Land.«

Der Reiz des ländlichen Raums wächst

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Ingbert Liebing, über wirtschaftliche Chancen der ländlichen Regionen

Herr Liebing, wie kann man die Landflucht stoppen?

Liebing: Seit 2014 sind Medienberichten zufolge mehr Menschen aus großen oder größeren Städten in den ländlichen Raum gezogen als diesen verlassen haben. Ich würde jetzt noch nicht von einer Trendumkehr sprechen. Aber der Reiz der Großstadt scheint zumindest nicht weiter gewachsen zu sein.

Wichtig ist, dass im ländlichen Raum attraktive Angebote für eine hohe Lebensqualität vorhanden sind. Damit meine ich nicht nur Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, eine gute medizinische Versorgung sowie schnelles Internet oder eine ausreichende ÖPNV-Anbindung. Genauso wichtig ist es, ein positives Lebensgefühl zu vermitteln, damit ein »Leben auf dem Land« nicht als Makel, sondern als Bereicherung empfunden wird. Dabei geht es nicht nur darum, dass man auf dem Land gut wohnen kann. Es geht auch darum zu verdeutlichen, dass dort ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Gerade junge Menschen, die vereinzelt zur Ausbildung oder noch häufiger zum Studium den ländlichen Raum verlassen, können darüber wieder zurückgewonnen werden.

Reichen Landwirtschaft und Tourismus als wirtschaftliche Standbeine aus?

Liebing: Nein, absolut nicht. Der Mittelstand insgesamt ist ein unerlässliches wirtschaftliches Standbein der ländlichen Räume – sowohl das Handwerk als auch der Einzelhandel und die Dienstleistungsunternehmen. Viele mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum suchen händeringend Mitarbeiter. Wenn es gelingt, ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen, kann man auch freie Arbeitsplätze langfristig besetzen. Das

sorgt für eine nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Konzentration allein auf Landwirtschaft und Tourismus reicht nicht aus.

Stichwort Energie: Sind Biomasse, Solarfelder oder Windparks die Zukunft der ländlichen Räume?

Liebing: Die Energiewende bietet den ländlichen Räumen zusätzliche Chancen. Sicherlich findet man hier mehr Biogasanlagen und Windparks als in städtischen Ballungszentren – das liegt in der Natur der Sache. Es geht aber um mehr, denn der ländliche Raum hat viel mehr zu bieten. Seine Zukunft liegt in einem bunten, lebendigen Mix, in wirtschaftlicher Vielfalt, die getragen wird von einem guten Lebensgefühl. Die Zukunft des ländlichen Raums liegt in den Familien und deren Kindern. Wer sich als Kind auf dem Land wohl gefühlt hat, ist eher bereit, als Erwachsener wieder aufs Land zu ziehen.



Ingbert Liebing
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

© Laurence Chapelon

Startups – Wachstumsmotor für Deutschland

Abgeordnete der Unionsfraktion auf #startuptour durch Berlin



Mitarbeiter eines Startup-Unternehmens im Großraumbüro

Berlin ist eine der wichtigsten Startup-Metropolen Deutschlands und auch Europas. Alle 20 Stunden wird ein neues Startup gegründet. Die Gründerszene ist dementsprechend vielfältig, das wirtschaftliche Potenzial enorm. Nadine Schön, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, sieht das so: »Startups gehen mutig neue Wege. Sie sind innovativ; sie sind schon jetzt ein Wachstumsmotor für Deutschland und der Mittelstand von morgen.«

In dieser Einschätzung sieht sich die Digitalpolitikerin nach der von ihr initiierten Startup-Tour der Fraktion bestätigt. Ende September besuchten zahlreiche Abgeordnete Gründerinnen und Gründer von zehn jungen innovativen Unternehmen, um sich über ihre Arbeit auszutauschen. Startups seien Seismografen des digitalen Wandels

und hätten ein enormes wirtschaftliches Potenzial, sagt Schön. Die Union sei sich dieses Potenzials bewusst und wolle sich daher noch intensiver mit der Szene auseinandersetzen.


Für die Politikerin ist klar: »Startups erkennen Chancen und nutzen sie. So bringen sie Innovationen hervor, schaffen Arbeitsplätze und sichern Wohlstand. Wir als Politiker müssen die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit unser Land wettbewerbsfähig bleibt.« Leitgedanken der Tour waren daher: Welche Chancen bietet die Digitalisierung? Wie steht es um den Standort Deutschland? Mit welchen Herausforderungen haben Gründer zu kämpfen? Wie kann Politik sie unterstützen? Die thematische Spannweite der besuchten Unternehmen reicht dabei vom Hardware-Accelerator über Wahlprognosen und E-Health, Mobilität und Finanztechnologie, 3D-Drucker und Landwirtschaft bis zur elektronischen Vermittlung von Kita-Plätzen.

Mit Risikokapital Innovationen fördern

Die Union setzt sich schon lange dafür ein, die Rahmenbedingungen für junge und innovative Unternehmen weiter zu verbessern, gerade im Bereich von Venture Capital. Mit Erfolg: Es gibt KfW-Förderdarlehen, Investitionszuschüsse, High-Tech-Gründerfonds und Gründerstipendien. »Der digitale Wandel birgt eine Riesenchance für uns«, ist Nadine Schön überzeugt. Die Politik dürfe sich daher nicht auf den bereits ergriffenen Maßnahmen ausruhen. »Wir brauchen die Startup-Szene, wenn wir auch künftig erfolgreich sein wollen, das heißt: digitale Bildung, Bürokratieabbau, mehr Wagniskapital, gute Netzinfrastruktur und insgesamt ein besseres Gründungsklima.«

Der CSU-Wirtschafts- und Digitalpolitiker Hansjörg Durz betont: »Deutschland kann mit der digitalen Revolution nur Schritt halten, wenn unsere starke mittelständische Wirtschaft in Innovation und Forschung investiert.« Ihm vermittelte das Unternehmen BigRep eindrucksvoll, wie der 3D-Druck die industrielle Produktion revolutionieren wird. Sein Fraktionskollege Andreas Nick (CDU) hob hervor: »Es ist bemerkenswert, wie junge Unternehmen, die auf moderne Technologien setzen, für Innovation und mehr Wettbewerb in der Branche sorgen.«

Gerade diese jungen Unternehmen brauchen Unterstützung. Daher plädiert die Union beispielsweise für eine Weiterentwicklung der Verlustrechnung bei Körperschaften. Verlustvorträge aus Startups sollen so nicht mehr verloren gehen, wenn Anteile am Unternehmen veräußert werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in der parlamentarischen Beratung. Nadine Schön und der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Thomas Jarzombek, sind sich einig: »Diese Erleichterung beim Venture Capital wäre ein großer Durchbruch in der Start-



»Der digitale Wandel birgt eine Riesenchance für uns.«



up-Finanzierung und ein wichtiges Signal für den Gründungs- und Digitalstandort Deutschland.«

Die Digitalisierung durchdringt auch den für Deutschland wichtigen Verkehrssektor. »Die Mobilität der Zukunft wird bahnbrechende Veränderungen mit sich bringen«, ist Thomas Jarzombek (CDU) überzeugt. »Das automatisierte Fahren etwa wird den Verkehr grundlegend verändern.« Jarzombek besuchte das Mobilitäts-Startup Allygator Shuttle. Die Gründer wollen mit ihrem Fahrdienst attraktive Alternativen zum eigenen Auto bieten. Passagiere bestellen ihre

»Das automatisierte Fahren wird den Verkehr grundlegend verändern.«

Fahrt mit einem Shuttlebus per App, werden abgeholt und teilen sich den Bus mit anderen Fahrgästen. Ein Algorithmus berechnet den schnellsten Weg durch die Stadt – das spart Zeit.

Im Bereich der Elektrofahrzeuge ist die nach wie vor dünne Ladeinfrastruktur problematisch. Hier bietet das Startup Ubitricity eine Lösung an: Strom soll überall dort getankt werden können, wo sich Systemsteckdosen installieren lassen, zum Beispiel in Straßenlaternen. Dafür haben die Gründer ein intelligentes Ladekabel entwickelt, das die Strommenge beim Laden genau erfasst und abrechnet. Für

junge Unternehmen sei es oft schwierig, den regulatorischen Dschungel zu durchblicken, erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses Digitale Agenda, Jens Koeppen (CDU), nach dem Termin und forderte, Politik und Startups dürften sich bei der Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen nicht gegenseitig blockieren: »Hier sind wir als Politik gefragt, um Entwicklungen anzuschieben.«

Flächendeckender Ausbau des schnellen Internets

Wie Digitalisierung im Agrarbereich aussieht, das sogenannte Smart Farming, zeigte das Startup trecker.com. Trecker.com will die Landwirtschaft digitalisieren und so eine Leistungssteigerung generieren. Klar ist jedoch: Hierfür braucht es im ländlichen Raum flächendeckend schnelles Internet. Der Digitalpolitiker Maik Beermann (CDU) erklärt dazu: »Damit es hier vorangeht, hatte sich die Union bereits bei der Konzeption des Bundes-Förderprogramms zum Breitbandausbau für eine verstärkte Förderung des Netzausbaus im ländlichen Raum eingesetzt.«

Gründer wagen viel und müssen daher auch den Mut zum Scheitern haben. Das sei jedoch schwierig für jemanden, der beispielsweise Verantwortung für Kinder trägt, findet die Familien- und Digitalpolitikerin Christina Schwarzer (CDU). »Wir müssen viele Instrumente zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser auf Gründer ausrichten. Das fängt beim Elterngeld an und hört bei einer flexiblen Kinderbetreuung noch lange nicht auf.«

Konkrete Hilfe im Familienalltag bietet Little Bird. Das Startup hilft bei der Vermittlung von Betreuungsplätzen. »Little Bird entlastet die Kommunen und gibt ihnen gleichzeitig neue Analysemöglichkeiten an die Hand. Eltern wiederum profitieren von einem einfachen System, das den Stress bei der Suche nach einem Betreuungsplatz deutlich reduziert«, resümiert der Digital- und Rechtspolitiker Tim Ostermann (CDU) nach seiner Tour. Wichtig sei dabei, dass auch die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werde.

»Wir brauchen mehr Gründergeist«

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön, zum Thema Startups

Frau Schön, die Startup-Tour der Unionsfraktion geht auf Ihre Initiative zurück. Welche Bilanz ziehen Sie nach der Tour?

Schön: Es ging ja darum, Politiker näher mit der Startup-Szene zusammenzubringen und einen intensiven Austausch über Chancen sowie Herausforderungen der Branche zu ermöglichen – das ist gelungen. Die Abgeordneten waren zudem durchweg begeistert von der Innovationskraft der Gründerinnen und Gründer.

Die Rahmenbedingungen für Startups haben sich bereits verbessert. Was muss noch geschehen – für Startups, aber auch grundsätzlich im Hinblick auf die Digitalisierung?

Schön: Für die Digitalisierung müssen wir den Weg zur Gigabit-Gesellschaft ebnen. Das erfordert eine leistungsfähige Infrastruktur. Der Bund investiert dafür allein in dieser Legislaturperiode vier Milliarden Euro. Wir müssen außerdem die Digitalkompetenz der Menschen stärken. Das fängt bei den Schülern an, hört aber im Erwachsenenalter nicht auf – Digitalisierung erfordert lebenslanges Lernen. Viele Gründer beklagen hohe bürokratische Hürden, hier sollte das Prinzip »One-Stop-Shop« unser Ziel sein – also die Möglichkeit für Gründer, alle bürokratischen Erfordernisse an einer Stelle erledigen zu können.

Wie steht es aus Ihrer Sicht um den Standort Deutschland?

Schön: Deutschland ist mittlerweile ein attraktiver Standort für internationale Investoren. Unternehmen fehlt es in der Wachstumsphase aber häufig noch am nötigen Venture Capital. Hier müssen wir besser werden. Das Bundesfinanzministerium plant einen zehn Milliarden schweren »Tech Growth Fund« für Gründer, das wäre ein Quantensprung. Unsere Gesellschaft braucht aber vor allem mehr Gründergeist. Wir müssen den Mut zum Gründen und zum Wiederaufstehen, zur zweiten Chance, honorieren.



© Ole Westermann

Nadine Schön
Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

»Öffentlicher Druck hilft«

Der Vorsitzende des Stephanuskreises, Heribert Hirte, über den Einsatz für Glaubensfreiheit

Erstmals hat die Bundesregierung einen Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit vorgelegt. Auf 72 Seiten legt sie dar, wie und wo Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt, bedroht oder bedrängt werden. Im September befasste sich der Bundestag damit. »Fraktion direkt« sprach nun mit dem Vorsitzenden des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Hirte, über die Bedeutung der Religionsfreiheit.

Herr Hirte, die Initiative zu dem Bericht ging von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus. Wozu braucht es diese umfassende Analyse, wenn das Problem doch bekannt ist?

Hirte: Das Problem mag bekannt sein, es wird aber meiner Meinung nach unterschätzt. Nur weil Religion hierzulande immer weniger Bedeutung hat, wäre es falsch anzunehmen, das sei überall in der Welt so. Bei den meisten Menschen hat der

Glaube einen wichtigen Platz im Leben. Mit dem Bericht haben wir nun erstmals von der Bundesregierung das Zepter in die Hand gelegt bekommen, um selbstbewusster für die Religionsfreiheit einzutreten – nicht nur im Bundestag, sondern auch in den persönlichen Gesprächen, die wir Abgeordnete weltweit führen.

Sind Sie zufrieden mit dem, was die Bundesregierung vorgelegt hat?

Hirte: Ich finde schon, dass der Bericht einen Mehrwert bietet. Anders als die bekannten Länderanalysen des US-Außenministeriums oder des christlichen Hilfswerks Open Doors beschreibt dieser Bericht anhand verschiedener Kategorien, wie die Religionsfreiheit weltweit eingeschränkt wird. Allerdings würde ich mir wünschen, im nächsten Bericht mehr über die Situation von Christen zu lesen. Das wäre für unsere Arbeit im Stephanuskreis der CDU/CSU-Fraktion hilfreich.



Pakistanische Christen protestieren gegen die Zerstörung christlicher Straßenzüge in Islamabad.



© Tobias Koch

Der Stephanuskreis

Der seit 2010 bestehende Stephanuskreis ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Er tritt für Toleranz und Religionsfreiheit ein und kümmert sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt. Benannt hat er sich nach dem ersten christlichen Märtyrer, dem sowohl Katholiken als auch Protestanten gedenken. Der Stephanuskreis steht allen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion offen. Derzeit umfasst er 88 Mitglieder.

In erster Linie bietet der Stephanuskreis Betroffenen ein Forum, um von ihren Erfahrungen und Problemen zu berichten. Darüber hinaus können Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke ihre Arbeit vorstellen, unabhängige Experten ihre Erkenntnisse darlegen. Die daraus entstehenden Initiativen fließen in die parlamentarische Arbeit der Fraktion ein.

Heribert Hirte
Vorsitzender des Stephanuskreises
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Religionsfreiheit ist nicht das einzige Menschenrecht, das viele Staaten ihren Bürgern verwehren. Warum legen Sie darauf ein besonderes Augenmerk?

Hirte: Wenn wir uns für die Religionsfreiheit stark machen, heißt das nicht, dass wir andere Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit links liegen lassen. Im Gegenteil: Überall dort, wo die Menschen nicht frei ihre Religion leben können, sind auch andere Menschenrechte eingeschränkt. Der Glaube an einen Gott oder an sonst irgendeine spirituelle Kraft ist so persönlich, ist so essenziell, dass dieses Recht im wahrsten Sinne des Wortes das Herzstück unserer Freiheitsrechte ist.

Was sind die Ursachen dafür, dass es um die Religionsfreiheit weltweit immer schlechter bestellt ist?

Hirte: Es ist eindeutig eine Rückkehr zu totalitären Regimen zu erkennen. Diese Regime versuchen, der einen religiösen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen, indem sie die Menschen einfach zwingen, sich zu ihr zu bekennen. Anhänger einer anderen Religion – wie zum Beispiel Christen – werden in diesen Ländern oft mit der politischen Opposition gleichgesetzt. Aber nicht nur staatliche Akteure, auch gesellschaftliche Gruppen versuchen, die Religion zu instrumentalisieren, um die nationale Identität in ihrem Sinne zu bestimmen.

Religiöse und ethnische Auseinandersetzungen vermischen sich in einzelnen Ländern. Setzen Sie mit der Glaubensfreiheit den richtigen Hebel an?

»Glaubensfreiheit ist das Herzstück der Freiheitsrechte.«

Hirte: Absolut. Herrschte auf der Welt mehr Religionsfreiheit, gäbe es weniger Flucht und Vertreibung. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hat neulich wieder betont, dass Religionen wichtige Partner in der Entwicklungspolitik sind. Ohne Frieden unter den Religionen gibt es keinen Frieden unter den Nationen.

Was können Parlament und Regierung oder gar einzelne Politiker tun, um den Betroffenen zu helfen?

Hirte: Unsere Waffe ist das Wort. Das heißt, wir Abgeordnete schreiben Appelle an Regierungen, die die Religionsfreiheit missachten, wir machen in den Medien auf das Thema aufmerksam und wir stehen im engen Austausch mit christlichen Glaubensgemeinschaften aus verschiedenen Ländern. Vor zwei Jahren haben sich Parlamentarier unterschiedlichster Parteien und Glaubensrichtungen aus rund 60 Ländern zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, das bereits zwei Kongresse zur Glaubensfreiheit veranstaltet hat: vergangenes Jahr in New York und dieses Jahr auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU/CSU-Fraktion in Berlin.

Auf EU-Ebene haben wir mit Jan Figel seit kurzem einen Sonderbotschafter für die Religions- und Glaubensfreiheit. Auch das ist ein wichtiger Schritt. Öffentlicher Druck von allen Seiten hilft! Kein Staat der Welt möchte ewig am Pranger stehen.

Weniger Flüchtlinge als angenommen

Bundesinnenminister legt Zahlen für 2015 und 2016 vor – Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs wirken

Die Zahl der Flüchtlinge, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, liegt niedriger als zunächst angenommen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière gab Ende September bekannt, dass im vergangenen Jahr 890.000 Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind. 2016 sind es bislang rund 210.000 Personen. Das zeigt, dass die Maßnahmen der Koalition zur Begrenzung des Zuzugs Wirkung zeigen.



Ein Polizist befragt einen Flüchtling mit Hilfe einer Dolmetscherin.

© Picture Alliance/dpa/ochsen Eckel

Gleichwohl sind die Zahlen zu hoch, wie der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Harbarth, betonte. Eine Situation wie im vergangenen Jahr dürfe sich nicht wiederholen, mahnte er.

Ursprünglich war man von 1,1 Millionen Flüchtlingen für das Jahr 2015 ausgegangen. So viele Schutzsuchende wurden im Erfassungssystem der Bundesländer, dem sogenannten Easy-System, registriert. Da die Länder und Behörden aber nicht untereinander vernetzt waren, wurden Menschen mehrfach gezählt. Auch wurde nicht erfasst, wenn Flüchtlinge in andere EU-Länder weiterreisten.

Die Unionsfraktion begrüßt, dass es nun Klarheit über die Flüchtlingszahlen gibt. »Wir sind beim Ordnen der Lage einen guten Schritt vorangekommen«, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Stephan Mayer. Die Einführung eines gemeinsamen IT-Systems von Bund und Ländern zur Registrierung der Asylsuchenden habe hierfür die Grundlage geschaffen.

Die Personalien jedes Flüchtlings, der die Grenze nach Deutschland passiert, speist die Bundespolizei in das System ein. Von den 890.000 Flüchtlingen, die 2015 hier ankamen, wurden laut Bundesinnenministerium 600.000 inzwischen erkenntnisdienlich behandelt. Von ihnen gibt es neben einem Lichtbild auch einen Fingerabdruck, der mit den Daten der Sicherheitsbehörden abgeglichen werden kann.

Auswertung von Mobiltelefonen gefordert

Stephan Mayer unterstrich, dass es mit der Registrierung alleine nicht getan sei. »Viele der zu uns kommenden Personen verfügen nach eigenen Angaben über keine Ausweispapiere.« Selbst wenn Identitätsdokumente vorhanden seien, gebe es bislang wenig Möglichkeiten, die Angaben zu verifizieren. »Daher ist nach wie vor eine umfassende Sicherheitsüberprüfung aller bereits zu uns gekommenen und noch zu uns kommenden Personen erforderlich«, sagte er. Das schließe auch die Auswertung der Mobiltelefone ein, die anders als Ausweispapiere oftmals vorhanden seien.

Dass es unerlässlich ist, Flüchtlinge, die mit kriminellen Absichten nach Deutschland kommen, herauszufiltern, zeigt der Fall des mutmaßlichen IS-Terroristen Dschaber al-Bakr. Er war von den deutschen Sicherheitsbehörden aufgespürt worden, konnte aber zunächst entkommen. Später wurde er von syrischen Flüchtlingen an die deutschen Behörden ausgeliefert und erhängte sich dann in seiner Zelle.

Der CDU-Innenpolitiker Patrick Sensburg verlangte eine strengere Überprüfung der Menschen, die aus Kriegsgebieten nach Deutschland kommen und deren Vergangenheit unklar ist. »Wir möchten wissen, ob sie möglicherweise an Verbrechen in ihrem Heimatland beteiligt waren oder welcher Kriegspartei sie vielleicht angehört haben.« Dies lasse sich mithilfe des Verfassungsschutzes deutlich besser ermitteln, als wenn die lokale Polizei alleine Nachforschungen anstellen müsse.

In diesem Zusammenhang begrüßte Mayer die Ankündigung der EU-Kommission, im November einen Vorschlag für ein europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem vorzulegen. Nur so könnten die Sicherheitsbehörden lückenlos feststellen, wer in den EU-Schengen-Raum ein- und wieder ausreist.

Pilgerreise nach Armenien

Der Kardinal-Höffner-Kreis und sein Vorsitzender Karl Schiewerling besuchten mit Prälat Karl Jüsten Anfang Oktober das älteste christliche Land der Welt: Armenien. Die Bundestagsabgeordneten pilgerten zum Kloster Geghard, das zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. In der Hauptstadt Eriwan trafen die Bundestagsabgeordneten den Staatspräsidenten, den Parlamentspräsidenten und den Außenminister. Mit dem Dekan der theologischen Fakultät, Bischof Anuschawan Zhamkochyan (Bild Mitte), diskutierte der Kreis über die Armenier-Resolution des Deutschen Bundestages und die Rolle der Staatskirche in Armenien.



© Friederike Fröcht

Grenzerfahrungen

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer, war Anfang Oktober zu politischen Gesprächen in Südkorea und hat dabei auch die Grenze zu Nordkorea in Panmunjeom besucht. Das Foto zeigt ihn vor einem Grenzzaun mit Fraktions- und Botschaftsmitarbeitern und einem Schweizer General der neutralen Beobachterkommission, die die Einhaltung des Waffenstillstands zwischen Süd- und Nordkorea überwacht.



© Joachim Riecker

Deutsch-japanische Freundschaft

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat bei seinem letzten Besuch in Japan im März 2016 zwei Studentinnen und zwei Studenten der privaten christlichen Kwansei Gakuin University in der Nähe von Osaka für zwei Wochen als Gäste der Fraktion nach Berlin eingeladen. Die vier Studenten bekamen Einblick in die Arbeitsweise der Fraktion und trafen zahlreiche Politiker. Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm sich am Rande einer Fraktionssitzung Zeit für ein Gruppenfoto mit den Studenten.



© Tobias Koch

Engagierte Parlamentarier für starke Kommunen

57 Prozent aller Unionsabgeordneten sind Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik



© Steven Rüdter

Mitglieder der AG Kommunalpolitik im Gespräch. V.l.n.r.: Eckhard Pols, Barbara Woltmann, Ingbert Liebing, Jörg Hellmuth und Christian Haase

In engem Kontakt mit Spitzenverbänden

Kommunalpolitische Kompetenz ist für die CDU/CSU-Fraktion von zentraler Bedeutung. Diese Kompetenz zu bündeln gehört zu den Hauptaufgaben

der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik. Sie steht dabei in engem Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden, der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV) sowie anderen interessierten und interessanten Verbänden und Gruppen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Belange der Kommunen ausreichend in den Vorhaben des Bundes berücksichtigt werden. Durch die breite personelle Verankerung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gelingt es, die verschiedenen Facetten kommunalpolitischer Bezüge der Bundespolitik effektiv in die tägliche Arbeit der parlamentarischen Beratungen zu integrieren. Dies unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung, die die Kommunen und ihre Belange auch für die Bundesebene haben.

Mehr Rückhalt im Wahlkreis durch Einsatz für die Kommunen

Die AG Kommunalpolitik sorgt mit eigenen Initiativen und bei Initiativen anderer für die Berücksichtigung der kommunalen Belange in allen Fraktionsgremien, Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und somit auch für den Rückhalt eines jeden Abgeordneten in seinem Wahlkreis.

Die kommunalen Themen sind bei der CDU/CSU-Fraktion in guten Händen. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik ist kostenfrei, aber nicht umsonst. Im Gegenteil: Sie zahlt sich mehrfach aus.

Starke Kommunen sind die Grundlage für ein starkes Deutschland. Kommunale Selbstverwaltung gewährleistet eine hohe Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land. Wenn die kommunalen Strukturen funktionieren, so bringt das Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Um die Anliegen der Städte, Landkreise und Gemeinden kümmert sich auf Bundesebene die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

184 Abgeordnete und damit über 57 Prozent der Parlamentarier der Unionsfraktion sind Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Sie wird geleitet von Ingbert Liebing aus Schleswig-Holstein und seinem ersten Stellvertreter Alois Karl aus Bayern. Weitere stellvertretende Vorsitzende sind Christian Haase, Eckhard Pols, Lothar Riebsamen und Carola Stauche.

Auch in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages waren und sind viele Aufgaben zu bewältigen, die direkte, aber auch indirekte Auswirkungen auf die Kommunen haben. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Entlastung und Unterstützung durch den Bund sowie die Förderung kommunaler Investitionen. Der Strauß an Themen ist bunt und vielfältig: von der Umsetzung der Flüchtlingspolitik vor Ort über energiewirtschaftliche Aspekte und umweltpolitische Belange bis zu sozialpolitischen Fragen. Darüber hinaus geht es um den Ausbau der Breitbandversorgung in den Kommunen sowie um Leitlinien einer nachhaltigen Siedlungspolitik, um die Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit und die sozialrechtliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt.



Eine Milliardenpritze für die Verkehrsnetze

Fragen und Antworten zum Bundesverkehrswegeplan 2030

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist das zentrale Element der Infrastrukturplanung des Bundes. Mit ihm werden die Weichen für die Modernisierung der Verkehrswege und ihre Vernetzung bis 2030 gestellt. Der Plan umfasst rund 1.000 Projekte und hat ein Volumen von rund 269 Milliarden Euro. Nach einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit wird nun das Parlament die Projekte in den Bereichen Fernstraßen, Schienen sowie Wasserstraßen verbindlich festlegen.

Warum ist der BVWP 2030 so wichtig für Deutschland?

In Deutschland hängen Wachstum und Wohlstand eng mit einer guten Verkehrsinfrastruktur zusammen. Das ständig wachsende Verkehrsaufkommen und die Entwicklung hin zu einem digitalisierten Verkehrssektor erfordern jedoch eine grundlegende Modernisierung der Infrastruktur. Die öffentlichen Mittel, die dafür bereitstehen, müssen verantwortungsvoll eingesetzt werden. Es gilt also herauszufinden, welche Verkehrsinvestitionen am sinnvollsten und am dringendsten sind. Das entsprechende Instrument hierfür ist der etwa

alle zehn Jahre erstellte Bundesverkehrswegeplan mit seinen Ausbaugesetzen für Fernstraßen, Schienenwege sowie Wasserstraßen.

Welche Kernziele werden verfolgt?

Nach dem BVWP müssen Investitionsmittel dorthin fließen, wo sie die größte Gesamtwirkung entfalten. Im Wesentlichen geht es darum, die Mobilität im Personenverkehr – auch in ländlichen Regionen – zu erhöhen, den Güterverkehr leistungsfähiger zu machen, die Verkehrssicherheit zu verbessern und zugleich Klima-, Umwelt- sowie Lärmschutz zu gewährleisten. Die Mittel stehen sowohl für Erhalt und Ersatz der bestehenden Infrastruktur als auch für Ausbau- und Neubauprojekte zur Verfügung. Finanz- und Projektvolumen müssen immer in einem soliden Verhältnis zueinander stehen.

Wie verteilt sich das Investitionsvolumen?

Das Finanzvolumen des BVWP 2030 umfasst laut Kabinettsbeschluss vom August 269,6 Milliarden Euro – der jährliche Bedarf wird voraussichtlich rund 15 Milliarden Euro betragen.

Grundsätzlich hat der Erhalt von Verkehrswegen Vorrang vor Neubauprojekten. In solche Erhaltungsmaßnahmen werden daher gut 141,4 Milliarden Euro investiert, also rund 69 Prozent. Beim BVWP 2003 waren es noch 56 Prozent. Vom Investitionsvolumen in Höhe von 98,3 Milliarden Euro für den Aus- und Neubau gehen 50,9 Milliarden Euro (52 Prozent) in die Straße, 42,5 Milliarden (43 Prozent) in die Schiene und 4,9 Milliarden (5 Prozent) in die Wasserstraßen.

Wie wurde die Öffentlichkeit einbezogen?

Erstmals wurde die Öffentlichkeit an der Erstellung des Plans umfassend beteiligt. Jeder Bürger hatte die Möglichkeit, sich auf den Webseiten des Bundesverkehrsministeriums über die geplanten Projekte zu informieren. Rund 40.000 Stellungnahmen von Bürgern und Organisationen gingen beim Ministerium ein. Nach ihrer Auswertung wurde der Plan entsprechend überarbeitet. Im Herbst entscheidet das Parlament verbindlich über alle Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte des Bundes bis zum Jahr 2030.

Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren ein Wachstum von **1,9** Prozent für dieses Jahr. Das wäre das größte Plus seit **5** Jahren. Dieses wiederum ist Garant für eine stabile Beschäftigungslage. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind im August **43,74** Millionen Menschen erwerbstätig gewesen, **506.000** mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September laut Bundesagentur für Arbeit kräftig gesunken auf **2,6** Millionen. Das ist der niedrigste Stand seit **25** Jahren. Die Arbeitslosenquote sank dabei um **0,2** Punkte auf **5,9** Prozent. Zudem werden Überschüsse der Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in Höhe von **20** Milliarden Euro erwartet.

Aufarbeitung von Unrecht darf kein Verfallsdatum haben

Von *Roland Jahn*, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Wie kann man den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Herbst 2016 beschreiben? Vorangekommen. Gelungen. Oder vielleicht doch noch am Anfang? Auf der Habenseite ist vieles zu vermerken und vieles erreicht. Und dennoch hängt ein deutliches Urteil immer auch von der Position des Betrachters ab. Aus meiner Sicht heißt Aufarbeitung in erster Linie, den Opfern des SED-Unrechts gerecht zu werden.

Mitte September lud mich die »Union der Opferverbände« (UOKG) zu einer Veranstaltung zum Thema »Zwangsadoptionen in der DDR« ein. Obwohl ich eigentlich in erster Linie für die Stasi-Akten zuständig bin, wurde ich von den Betroffenen ausdrücklich gebeten, mich ihres Themas anzunehmen.

»Ich habe nach über 30 Jahren zum ersten Mal einen Brief von meinem zwangsadoptierten Sohn bekommen. Und er schreibt mir, dass er mich nicht sehen will, dass er die Geschichte ruhen lassen will. Was soll ich da jetzt machen? Ich will erfahren, wie es möglich war, dass die DDR-Behörden mir meinen Sohn weggenommen haben. Ich will, dass endlich festgestellt wird, dass Unrecht geschehen ist.«

Die Worte der betroffenen Mutter fanden im Saal Zustimmung, denn Viola Greiner steht nicht allein. Unter dem Dach der UOKG hat sich ein Verein für die Opfer der Zwangsadoptionen in der DDR gegründet. Ein Verein zur Selbsthilfe, der an seine Grenzen stößt. Und dabei geht es nicht nur um die Einzelfälle, sondern auch um grundsätzliche Fragen bei der Aufklärung der Vergangenheit. Der Blick ins Stasi-Unterlagen-Archiv reicht oft nicht aus. Denn es gibt viele Schicksale, die nicht in Stasi-Akten stehen. Schicksale, die Aufklärung brauchen, weil das erlittene Unrecht die Menschen bis heute quält und Familien auseinander hält.

Wir brauchen besseren Aktenzugang in die Archive der Jugendämter, damit die Opfer der Zwangsadoption ihr Schicksal aufklären und Verantwortliche benennen können. Unrecht in der DDR, das geschah nicht nur durch das Wirken der Geheimpolizei. Es gibt nicht nur die Opfer der Stasi. Es gibt viele weitere Opfergruppen der SED-Diktatur. Relegierte Schüler, exmatrikulierte Studenten, beschädigte Berufskarrieren, Zwangsausgesiedelte, Zwangsarbeiter, politische Häftlinge. Wenn wir das Unrecht in der DDR umfas-

send aufarbeiten wollen, müssen wir unseren Horizont über die Stasi hinaus erweitern. Es geht um die Betrachtung der gesamten Gesellschaft in der DDR. Von der bestimmenden Rolle der Partei, der SED, bis hin zur Volksbildung. Es geht auch um die deutlichere Würdigung von Opposition und Widerstand.

Und wir brauchen Verbesserungen, die konkret spürbar sind für die Opfer. Wir brauchen bessere Bedingungen für die Anerkennung von Haftfolgeschäden.

Wir brauchen Rentengerechtigkeit für Republikflüchtige, Ausge-reiste und freigeverkaufte Häftlinge. Und nicht zuletzt brauchen wir die Entfristung für Anträge zur Rehabili-

tierung von politisch Verfolgten. Es darf nicht sein, dass diese Frist 2019 endet. Die Menschen leben und leiden weiter. Aufarbeitung von Unrecht darf kein Verfallsdatum haben.

Es gilt, die Opfer in angemessener Weise zu würdigen, die Öffentlichkeit über Ursachen und Folgen der SED-Diktatur aufzuklären und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte zu stärken.

Das ist leichter gesagt als getan. Sich mit Geschichte zu beschäftigen sollte man nicht verordnen. Aber wenn ich mit den Bundestagsabgeordneten gerade auch aus der CDU/CSU-Fraktion zu Gast in Schulen bin, merke ich an den Nachfragen und Diskussionsbeiträgen, wie junge Menschen mit dem Blick in die Vergangenheit ihre Sinne schärfen wollen für die Gegenwart. Unser aller Aufgabe ist es, interessante Angebote zu machen, die eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ermöglichen.

Den Opfern gerecht werden, aber auch eine Brücke in die nächste Generation schlagen – das ist unsere Herausforderung jetzt und in Zukunft.



© BSU/REB

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



»Deutschland ist ein demokratischer Staat. Sicher nicht perfekt, aber gewiss in besserer Verfassung als jemals ZUVOR.«

Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Dresdner Rede zum Tag der Deutschen Einheit

© Sean Gallup/Getty Images News/Getty Images


CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 [www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

 www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fd

 twitter.com/cducusu

 [www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

7. November 2016
Kongress »Frauen als Motor der Integration«
9. November 2016
Fachgespräch »Religiöse Vielfalt in Deutschland«
10. November 2016
Fachgespräch »Verbot von Kinderehen in Deutschland«
28. November 2016
8. Energiepolitischer Dialog
30. November 2016
Kongress »E-Partizipation«